Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 19. Februar 1879. Nr. 84.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 18. Februar.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Nostitz-Wallwitz, v. Prollius, v. Liebe, Faber du Faur und zahlreiche Kommissarien.

Sämmtliche sozialdemokratische Abgeordnete, mit Ausnahme der Abgeordneten Bebel und Vahlteich, sind anwesend; die Tribünen sind überfüllt.

Zunächst wird die gestern wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses resultatlos verlaufene Wahl des zweiten Vicepräsidenten vorgenommen.

Beim Namensaufruf wurden 277 Stimmzettel abgegeben. Von diesen sind 54 unbeschrieben, während auf den Abg. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg 82, auf den Abg. Dr. Lucius 79, den Abg. Dr. Hänel 6 Stimmen fallen und der Abg. Frhr. von Frankenstein 1 Stimme erhält.

Es muß, da keine absolute Majorität erzielt, zur engeren Wahl zwischen den vier Abgeordneten geschritten werden, bei welcher 218 Stimmzettel abgegeben werden. Davon sind 30 unbeschrieben, während auf den Abg. Fürst Hohenlohe-Langenburg 106, auf den Abg. Dr. Lucius 79 Stimmen entfallen und der Abg. Dr. Hänel 2 Stimmen und der Abg. Freiherr v. Frankenstein 1 Stimme erhält. Damit ist Fürst Hohenlohe-Langenburg gewählt; derselbe ist im Hause nicht anwesend.

Die Schriftführer: Abgg. Graf Kleist, Frhr. v. Minnigerode, Thilo, Dr. Blum, Eysoldt, Dr. Weigel, Bernards, Frhr. v. Soden, werden auf Antrag des Abg. Frhr. v. Frankenstein per Akklamation wiedergewählt.

Das Haus ist somit konstituirt, und wird hiervon dem Kaiser Anzeige erstattet werden.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Schreibens des Stellvertreters des Reichskanzlers, betr. die Einholung der Genehmigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung und Verhaftung des Reichstags-Abgeordneten Fritzsche wegen Zuwiderhandlung gegen den § 28 des Gesetzes betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878.

Ehe der Präsident die Diskussion eröffnet, verliest er ein weiteres Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers, der in Folge einer staatsanwaltschaftlichen Requisition vom 15 d. M. die gleiche Ermächtigung auch in Bezug auf den Abg. Hasselmann verlangt.

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit — es ist 3½ Uhr geworden — und darauf, daß die Drucklegung dieses zweiten Schreibens noch nicht möglich war, beschließt das Haus, die beiden Schreiben morgen gemeinsam zu diskutiren und tritt in die erste Lesung der Gebührenordnung für Rechtsanwälte ein.

Präsident des Reichsjustizamts Dr. Friedberg erwartet, daß die Vorlage einer Kommission zur Vorberathung überwiesen werden wird, und daß deren Arbeiten dahin führen werden, daß das Gesetz geläutert vor dem Reichstage erscheine, um demnächst ebenso wie die Vorlage über die Gerichtskosten en bloc angenommen zu werden.

Abg. Dr. Wolffson hofft, daß die Kommission eine recht eingehende Umwandlung der Taxe eintreten lassen werde. Die neue Civilprozeßordnung fordere von dem Anwalt eine weit eingehendere Bearbeitung und einen weit größeren Zeitaufwand für die einzelnen Fälle. Daher sei der Anwalt nicht mehr in der Lage, so viele Prozesse als früher anzunehmen. Diese größere Gründlichkeit der Bearbeitung werde hoffentlich dem Interesse der Parteien sehr zu Gute kommen und der Rechtsprechung überhaupt sehr förderlich sein. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Das Haus beschließt demgemäß.

Schluß 4½ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: Berathung der beiden Schreiben betreffs der strafrechtlichen Verfolgung und der Verhaftung der Abgg. Fritzsche und Hasselmann, deutsch-österreichischer Handelsvertrag.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 18. Februar.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 11 Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Dr. Falk, Graf zu Eulenburg, Maybach und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Der Gesetzentwurf betreffend die hessische Brand-Versicherungs-Anstalt wird ohne Debatte angenommen, worauf sich das Haus der Berathung der Petition des Grafen vom Hagen zuwandte, welche im Passus I. dahin geht, „daß das Recht des evangelischen Volkes auf evangelischen Unterricht und Erziehung seiner Kinder in den evangelischen Schulen anerkannt und gesichert werde.“

Die Petitions-Kommission beantragt hier Ueberweisung an die Staatsregierung zur Erwägung, während sie über den Passus II., welcher lautet: „daß die Schulaufsicht über die Volksschule den Geistlichen wieder zurückgegeben und nur denen genommen werde, die sich zu derselben ungeschickt oder in der Ausübung derselben untreu erwiesen haben“ — vorschlägt, zur Tagesordnung überzugehen.

Herr v. Kleist-Retzow beantragt, auch den zweiten Passus der Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen. Die Thatsache, daß sich hier evangelische Christen aus der Provinz Sachsen, der Wiege der Reformation, petitionirend an das Haus wenden, beweist nur allzudeutlich, wie schwer auch hier die kirchliche und Schul-Gesetzgebung in ihren Schädigungen empfunden wird. Die Kirche gehört nicht dem Staate allein, sie gehört zunächst der Familie, dann erst der Kirche und dem Staate. Eine Kirche, die sich ihr heiliges Recht an der Erziehung der Jugend nehmen läßt, wird sich selber untreu. Auch die Lehrer sind nach den neuen Unterrichts-Maximen nicht zufriedener geworden, selbst die Gehaltserhöhung hat sie nicht befriedigt, und ihre Leistungen sind nach wie vor durchschnittlich dieselben, ja eher zurückgegangen. Das Schlimmste aber ist die konfessionslose Schule. Hier wird die Gleichgültigkeit gegen Religion und kirchliches Leben praktisch gelehrt; Redner verweist auf die üblen Erfolge des Systems der konfessionslosen Schulen in Holland, wo 17 Prozent gar keinen Unterricht haben, 25 Prozent in sogenannte freie Schulen gehen. Wir müssen ein Herz haben für unser Volk, für unsere Armen, die nichts weiter haben als ihre Kinder; das ist ihr Schatz, sie sollen erzogen werden in der Religion ihrer Väter! Nicht umsonst hat unser geliebter Kaiser ausgesprochen: „Im Volke muß die Religion wieder vertieft werden.“ Aber nichts dergleichen ist bis jetzt geschehen; darum helfen Sie und bestimmen Sie die Regierung, die Sache nochmals in Erwägung zu ziehen! (Bravo rechts.)

Kultusminister Dr. Falk: Die eben gehörte Rede hat mit der meinigen, die ich vor Kurzem im Abgeordnetenhause hielt, eine Reihe von Berührungspunkten. Fast mit denselben Worten habe ich das Bedürfniß und die Wichtigkeit wahrer religiöser Erziehung damals hervorgehoben. Im Uebrigen muß ich bei meinen Ausführungen verharren. Die Parallele mit Holland ist eine ungerechte; denn was in Preußen unter Umständen für zulässig erachtet wird (paritätische Schulen), ist himmelweit von den Zuständen in Holland verschieden, wo der ganze Religions-Unterricht aus der Schule hinausgewiesen ist. Zustände, wie die dortigen, können bei uns nicht eintreten. Würde die Rede des Herrn von Kleist der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen, so hätte sie viel mehr Material, als diese Petition darbietet. (Zustimmung.) Sonderbar, daß die Petition gerade aus Sachsen kommt, dort giebt es nicht eine einzige paritätische Schule. (Hört, hört! Zustimmung.) Die Verstöße, die hier in Berlin bezüglich der die katholischen Gemüther verletzenden Stellen in den Lehrbüchern vorgekommen sind, sind gerügt und wieder gut gemacht worden. (Bravo!) Sonst aber steht die Staatsregierung nach wie vor auf dem Standpunkt des Schulaufsichtsgesetzes, und ist nicht gesonnen, etwas davon aufzugeben. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, in allen Punkten über diese Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo!)

Graf v. Krassow schließt sich den Ausführungen des Herrn von Kleist-Retzow in allen Punkten an, während Herr vom Rath Uebergang zur Tagesordnung in beiden Punkten beantragt.

Der letztere Antrag wird zunächst durch Auszählung mit 42 gegen 40 Stimmen angenommen; nach der Geschäftsordnung kann indeß namentliche Abstimmung vorgenommen werden, wenn die Differenz die Zahl 10 nicht erreicht.

Auf den Antrag des Herrn von Kleist-Retzow wird zur namentlichen Abstimmung geschritten, und diese ergiebt das Resultat, daß die Tagesordnung mit 48 gegen 42 Stimmen abgelehnt ist. (Bewegung.)

Der Kommissions-Antrag ad I. wird danach angenommen; der Antrag ad II. abgelehnt; der Antrag des Herrn von Kleist, den Graf von der Schilenburg-Beetzendorf dahin modifizirt, daß nur denjenigen Geistlichen die Schulaufsicht genommen werde, die sich als ungeeignet erwiesen haben, wird in namentlicher Abstimmung mit 48 gegen 41 Stimmen ebenfalls abgelehnt; es ist daher in der Sache eine materielle Entscheidung nicht getroffen

Der Gesetzentwurf betreffend die Deckung der erforderlichen Mehrkosten für den Bau der Bahnen von der Reichsgrenze bei Sierk über Trier und Coblenz unter fester Ueberbrückung des Rheins nach Oberlahnstein zum Anschluß an die Lahnbahn und von Godelheim resp. Ottbergen nach Northeim wird ohne Debatte genehmigt.

Es folgt die Berathung über den Gesetzentwurf betreffend die Erweiterung der durch das Gesetz vom 20. April 1869 für das Anlagekapital einer Eisenbahn von Finnentrop über Olpe nach Rothe-Mühle im Biggethale übernommenen Zinsgarantie.

Herr v. Behr-Schmoldow beantragt hierzu: Zunächst und vor Allem leistet bei Zinsausfällen die Eigenthümerin der Bahn, die Bergisch-Märkische Eisenbahn, einen Zuschuß von ½ Prozent des Baukapitals.

Ober-Bürgermeister v. Boß beantragt als Referent der Eisenbahn-Kommission Genehmigung in unveränderter Gestalt.

Herr v. Behr-Schmoldow bittet um Ablehnung der ganzen Vorlage; es ist die in Rede stehende eine Sackbahn von 4½ Meilen Länge, die das Geld nicht verdient, welches bereits an sie verschwendet worden ist.

Hierauf wird die Sitzung vertagt.

Schluß 4¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

T.-O.: Staatshaushaltsetat, Gesetz über die Abänderung der Ressortverhältnisse der Ministerien, kleinere Vorlagen.

Abgeordnetenhaus.

55. Sitzung vom 18. Februar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Das Haus beschäftigte sich heute nach Erledigung der Vorlage über die Abänderung der Wegegesetze im Regierungsbezirk Kassel mit den Gesetzentwürfen betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden und die gerichtlichen Verfolgungen wegen Amtshandlungen.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hatte die gänzliche Ablehnung des letzteren Entwurfs empfohlen, zu dem ersteren eine Menge von Abänderungen der Herrenhausbeschlüsse, namentlich bezüglich der Zusammensetzung des Kompetenzgerichtshofes, vorgeschlagen.

Der Minister Leonhardt machte darauf aufmerksam, daß nach Lage der parlamentarischen Geschäfte die Annahme der Kommissions-Beschlüsse auch zu dem ersten Gesetzentwurfe einer Verwerfung der Vorlage gleichkomme, da er selbst der Regierung nicht empfehlen könne, diesen Beschlüssen ihre Zustimmung zu geben. Unter solchen Umständen werde die Regierung von der ihr durch die Reichsgesetzgebung eingeräumten Befugniß Gebrauch machen, die Materie beider Gesetzentwürfe auf Grund des bestehenden Rechtszustandes durch königliche Verordnung zu regeln. Der Beschluß des Hauses ändere also an dem Fortbestehen des Gesetzes von 1854 gar nichts; die Annahme der Regierungsvorlage habe nur den Vorzug, das bisherige Verfahren zu verbessern.

Abg. Lasker glaubte trotzdem an den Beschlüssen der Kommission festhalten zu sollen. Es sei ein wesentlicher politischer Unterschied, ob das Abgeordnetenhaus das auf allen Seiten verurtheilte Gesetz von 1854 jetzt durch seinen Beschluß von Neuem sanktionire, oder unter Protest sein Fortbestehen geschehen lasse; das Haus rechne bei seinem Beschlusse auf eine Zeit, in welcher das Ministerium mehr als jetzt den Wünschen der Landesvertretung Rechnung zu tragen bereit sei.

Abg. v. Rauchhaupt bedauerte, daß die liberale Partei aus bloßer „Prinzipienreiterei“ eine offenbare Verbesserung des Verfahrens von der Hand weise; es handele sich gar nicht um Bestätigung des Gesetzes von 1854, sondern nur um eine Amendirung der bestehenden Rechts-Vorschriften, die den Forderungen des Liberalismus durchaus entspreche.

Abg. Windthorst (Bielefeld) erkannte an, daß die Vorlage betreffend die gerichtlichen Verfolgungen wegen Amtshandlungen eine kleine Verbesserung des bisherigen Verfahrens enthalte, die Kommission habe aber nicht geglaubt, diesen geringen Vortheil dadurch erkaufen zu sollen, daß sie dem „Unsinn“ des bestehenden Rechtszustandes, der von keinem einzigen Mitgliede des Hauses oder des Justizministeriums mehr vertheidigt werde, von Neuem ihre feierliche Zustimmung ausspreche.

Die Anträge der Kommission zu beiden Vorlagen wurden mit großer Majorität angenommen.

Zu dem Gesetzentwurfe betreffend die Reorganisation der sächsischen Domstifter hatten die Abgg. Eberty, Schumann, Zelle und Richter (Sangerhausen) die Wiederherstellung der früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses beantragt, dagegen die Abgg. Schmidt (Sagan) u. Gen. einen zwischen den Beschlüssen beider Häuser vermittelnden Antrag eingebracht.

Zu § 1 wurde der Antrag Eberty mit 148 gegen 129 Stimmen [illegible] dessen die Vorlage vom Minister [illegible]

Schluß 1 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

T.-O.: Landeskulturrentenbanken, Wassergenossenschaften u. a

Deutschland.

** **Berlin**, 18. Februar. Heute Mittag trat das Staatsministerium im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen. Voraussichtlich wird bei dieser Gelegenheit über den bevorstehenden Schluß der Landtagssession und dessen Modalität Beschluß gefaßt worden sein.

Im Anschluß an meine Mittheilung, daß im Laufe dieser Woche die Tarifkommission Sitzungen abhalten werde, ist zu melden, daß diese Sitzungen heut und gestern stattgefunden haben.

In der Sitzung des Bundesraths vom 15. Februar hat sich derselbe mit dem Antrag des dritten Ausschusses in Betreff der Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer einverstanden erklärt. Es soll demnach künftig die Stempelabgabe betragen für 200 M. und weniger 10 Pf., für Summen von 200—400 M. 20 Pf. und für jedes Mehr von 200 M. 10 Pf. mehr bis zu Betrage von 1000 M. Von jedem Mehr von 1000 M. beträgt die Abgabe 50 Pf. mehr, dergestalt, daß jedes angefangene Tausend für voll gerechnet wird.

Die Berufung des Oberpräsidenten Achenbach von Danzig nach Potsdam ist Thatsache. Die Kandidatur desselben war von vornherein in den Vordergrund getreten, da er selbst eine Versetzung dringend wünschte und ihm bei dem Austritt aus dem Handelsministerium in Bezug auf Berücksichtigung bei etwa eintretenden Vakanzen anderer Posten Zusagen gemacht waren. Der Kaiser selbst hat sich für die Erfüllung des Wunsches interessirt.

Berlin, 18. Februar. Der Abg. Rickert hat mit Unterstützung der Majorität des Reichstages (Nationalliberale, Fortschritt, Centrum) den Antrag eingebracht!

„1. Die beantragte Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Verhaftung des Reichstags-Abgeordneten Fritzsche zu versagen;

2. gleichzeitig zu erklären: daß der Reichstag mit dem § 28 des Gesetzes vom 11. Oktober 1878 nicht den Sinn verbunden hat, daß ein Mitglied des Reichstages durch eine polizeiliche Ausweisung in seiner verfassungsmäßigen Obliegenheit, an den Verhandlungen des Reichstages theilzunehmen, verhindert werden dürfe.“

Dieser Antrag, welcher der Majorität bereits durch seine Unterschriften sicher ist, beseitigt sofort die leidige Angelegenheit und läßt für Kompromißverhandlungen keinen Raum. Der Antrag wird selbstverständlich auch auf den Fall Hasselmann erstreckt werden.

Ausland.

Paris, 15. Februar. Die mit der Prüfung der Amnestie-Vorlage beauftragte Kommission hat sich mit dem Kabinet hinsichtlich aller Punkte mit Ausnahme eines einzigen geeinigt. Im Widerspruche mit anderen Meldungen lehnt das Ministerium es ab, die Amnestie auf die Theilnehmer an dem Insurrektionsversuche vom 31. Oktober 1870 auszudehnen. Nach wie vor kann es als gewiß gelten, daß die äußerste Linke gegen die Regierungsvorlage stimmen wird. Um nun die Stimmen der Rechten zu gewinnen, wird die äußerste Linke in ihrem Projekte die Amnestie bis zum 30. Januar ausdehnen, d. h. den 16. Mai 1877 in dieselbe begreifen, was bekanntlich das Ministerium zuerst ebenfalls beabsichtigt hatte, aber nicht ausführen konnte, da es sich betreffs der Kommune-Verurtheilten nur darum handeln sollte, der Begnadigung durch die Regierung die rechtlichen Folgen einer gesetzlichen Amnestie zu geben.

Ueber die heute erfolgte Unterredung des Präsidenten der Republik mit den Bureau-Mitgliedern des Pariser Gemeinderathes und des Generalrathes des Seine-Departements habe ich Ihnen telegraphisch berichtet. Es ist leider nicht anzunehmen, daß die weisen Mahnungen des Herrn Jules Grevy diese „Bürger" veranlassen werden, ihr revolutionäres Gebahren einzustellen und sich darauf zu beschränken, den städtischen Angelegenheiten ihre Sorgfalt zuzuwenden. Es wäre dies aber um so mehr wünschenswerth, als die Gegner der Republik gerade diese „future commune" mit Erfolg ausbeuten, um die Gemüther zu beunruhigen und die sogenannten besitzenden Klassen in beständigen Schrecken zu versetzen.

Die Ernennung des Generals Chanzy zum Botschafter der französischen Republik am St. Petersburger Hofe ist noch nicht im offiziellen Journale erschienen, weil sich die Regierung noch nicht über seine Nachfolgerschaft in Algier schlüssig gemacht hat. Gegen das Verlangen der Republikaner, Algerien von nun an durch einen Civilgouverneur regieren zu lassen, werden so gewichtige Bedenken geltend gemacht, daß der Präsident der Republik zu zögern scheint, ein Dekret zu unterzeichnen, welches für das französische Afrika von den schlimmsten Folgen sein könnte. Aber Herr Grevy wird voraussichtlich dem Drängen der Senatoren und Deputirten der Kolonie nachgeben müssen, welche sämmtlich zur radikalen Partei gehören und die Abschaffung des Militär-Regimentes von ihren Wählern als Losungswort erhalten haben.

Die reaktionären Journale erzählen, verschiedene Botschaftssekretäre, denen der Minister des Aeußeren die Stelle eines ersten Sekretärs in Bern zugedacht habe, hätten die Annahme dieses Postens abgelehnt, d. h. sich geweigert, unter dem Botschafter Challemel-Lacour zu dienen. Es ist daran kein wahres Wort, da man sonst sicherlich zu gleicher Zeit die Entfernung der betreffenden Sekretäre aus dem diplomatischen Dienste erfahren.

London, 19. Februar. Wie gemeldet wird, ist Lord Beaconsfield leicht erkrankt. Lord Napier of Magdala, Gouverneur von Gibraltar, ist von der Regierung nach London berufen worden und bereits gestern eingetroffen. Wie verlautet, soll derselbe zum Oberkommandeur der englischen Truppen in der Kapkolonie ausersehen sein. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erklärte auf eine Anfrage des Homerulers Vertreters von Ennis, Kapitän Stacpoole, der Schatzkanzler Sir Stafford Northcote, es sei ihm nicht bekannt, in wie weit die Gerüchte über die Ernennung des Herzogs von Connaught zum Vicekönig von Irland und über die Errichtung einer Residenz für denselben begründet seien, da er sich des Vertrauens der englischen und irischen Journale nicht rühmen könne, die diese Nachricht gebracht hätten.

Petersburg, 15. Februar. Von dem Großfürsten Nikolaus von Rußland ging der „Nat.-Ztg." aus Samara dieser Tage eine russische Broschüre zu, enthaltend Untersuchungen über die einzuschlagende Richtung einer mittelasiatischen Eisenbahn zwischen dem Ural und dem Syr-Daria. Die Frage der Erbauung einer mittelasiatischen Bahn soll nach dem Kriege augenscheinlich wieder in Anregung gebracht werden. Man beschäftigt sich bekanntlich schon seit Jahren in Rußland mit dieser Sache. Im Jahre 1877 wurden einige Terrainuntersuchungen vorgenommen, die stets von der Stadt Orenburg ausgingen, der Endstation des europäischen Bahnnetzes im Osten. Die russische Regierung hatte schon 1876 Vorarbeiten ausführen lassen und nahm seitdem immer ernstlicheren Antheil an der Sache. Projekte zu einer mittelasiatischen Bahn wurden der russischen Regierung vorgestellt vom Feldmarschall Fürsten Bariatinski, von Herrn Lesseps, von den Geographen Rawlinson in London und Hochstetter in Wien. Man entschied sich im Prinzip für den kürzesten Weg: von Orenburg auf Kara-Tugaj am Syrdaria, etwa 900 Kilometer lang, in der geraden Richtung auf Taschkend, das von Orenburg auf diesem Wege etwa 1600 Kilometer entfernt ist. Die Bahn würde von Kara-Tugaj ab sich auf dem rechten Ufer des Syrdaria halten. Einige vorbereitende technische Arbeiten wurden bereits ausgeführt.

Die vorliegende Broschüre weist zum Schluß auf die große Bedeutung dieser Bahn hin. Schon Peter der Große wollte eine Handelsstraße zwischen dem Westen und dem Osten durch Rußland führen. England wisse das, glaube an das Testament Peter's, an die Bedrohung seines Handels und ganz Indiens durch Rußland. Napoleon I. habe England in Indien angreifen wollen, im Verein mit Kaiser Paul von Rußland. Daher suche England seit anderthalb Jahrhunderten alle Unternehmungen Rußlands nach Osten hin zu stören, Rußland zu befeinden, was sich im letzten Kriege offen gezeigt habe. Rußland müsse eine drohende Stellung in Mittelasien einnehmen, um der Politik Englands Herr zu werden. Dazu bedarf es der mittelasiatischen Bahn. Dieselbe werde außer ihrer politischen Bedeutung bald auch eine merkantile, wirthschaftliche erlangen. Im Jahre 1879 soll nun eine schon 1878 in Thätigkeit gewesene und jetzt durch neue Kräfte verstärkte Kommission die Untersuchung der Bahnlinie weiter über Taschkend, Samarkand, Balch in der Richtung auf Kabul und Peschawer fortführen. Von Balch aus soll der Amudarja aufwärts bis Chiwa untersucht werden, sowie dessen trockenes Bett bis zum Kaspisee hin. Es sollen die trockenen Betten des Syr und Amu nivellirt werden via Perowsk bis Krasnowodsk und Nachforschungen angestellt werden mit etwa noch an ihren Ufern erhaltenen Ueberresten alter Kultur. Der Broschüre sind 2 Karten beigegeben.

Diese theils wissenschaftlichen, theils politischen Zwecken dienenden Arbeiten Rußlands beanspruchen sicherlich alle Beachtung Europas, wenigstens des unparteiischen Europas. Die große Bahnverbindung nach Indien ist eine Idee, die nicht mehr aus der Welt verschwinden und über kurz oder lang ihre Ausführung finden wird. Eine gefährliche Rivalität entsteht für die russische Bahn in dem Augenblicke, wo etwa von England aus eine Bahn vom Mittelmeer nach dem persischen Golf in Bau genommen würde, noch ehe Rußland seine Bahn fertig gestellt oder sogar begonnen hätte. Der Plan ist in England nicht aufgegeben worden.

Provinzielles.

Stettin, 19. Februar. Der „Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn-Gesellschaft" ist unterm 3. d. Mts. das Allerhöchste Privilegium zur Ausgabe von 6 Millionen Mark fünfprozentiger Prioritätsobligationen ertheilt worden.

— Für die hier zu gründende permanente Gewerbe-Ausstellung haben die Stadtverordneten zu Stargard in ihrer vorgestrigen Sitzung eine einmalige Subvention von 500 Mark bewilligt.

— Dilthey, Vorstand der Intendantur der 3. Division, ist zum Militär-Intendantur-Rath, und Fleischfresser, Vorstand der Intendantur der 4. Division, zum etatsmäßigen Militär-Intendantur-Assessor ernannt.

— Für das „Königsmanöver des II Armeekorps" ist folgende Zeiteintheilung getroffen: 12. September: Große Parade, 13.: Manöver. 14.: Ruhe. 15. und 16.: Manöver. 17.: Rückreise Sr. Majestät des Kaisers nach Berlin.

— Das Betreten einer Wohnung oder eines befriedeten Besitzthums durch die offen stehende Thür gegen den bekannten Willen des Besitzers ist, nach einem Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 15. Januar d. J., als „Hausfriedensbruch" zu bestrafen.

— In der Woche vom 9. bis 15. Februar sind hierselbst 18 männliche und 22 weibliche, in Summa 40 Personen polizeilich als verstorben gemeldet, darunter 15 Kinder unter 5 und 11 Personen über 50 Jahren.

— Der 82jährige Rentier Textor, welcher am 14. d. M. in der Wollweberstraße durch einen Wagen der Feuerwehr überfahren wurde, ist gestern Nacht an den dabei erhaltenen Verletzungen in Bethanien verstorben.

†† **Züllchow**, 19. Februar. Auch in unserem Orte wird, wie in Stettin und Grabow, in den nächsten Tagen eine Volksküche eröffnet werden, allerdings mit einem großen Unterschiede; denn während in den beiden erwähnten Städten das Essen mit 15 Pf. bezahlt wird, geht das hiesige Comité von der Ueberzeugung aus, daß es bei der jetzigen geschäftslosen Zeit den Armen und wirklich Bedürftigen oft nicht möglich ist, selbst die wenigen Pfennige aufzubringen und wird in Folge dessen das Essen ohne jede Bezahlung verabfolgt werden, nachdem die Bedürftigkeit der Empfänger durch das Comité festgestellt ist. Das wohlthätige Unternehmen verdankt besonders der Opferwilligkeit der Herren Fabrikdirektoren Dr. Delbrück und Dr. med. Steinbrück seine Entstehung, welche fast allein die Einrichtungs- und Unterhaltungskosten tragen werden.

Stargard, 18. Februar. In der letzten Sitzung des Handwerker-Vereins wurde über das Prinzip des Oberbürgermeisters Dr. Miquél in Betreff der Organisation des Handwerkerstandes verhandelt, und gab dies Thema reichen Stoff zu lebhaften Debatten. Sämmtliche Anwesende kamen zu der Ueberzeugung, daß zeitgemäße Verbände und Innungen, ganz nach dem Prinzip des Dr. Miquel, dem niederliegenden Handwerk mit der Zeit aufhelfen würden. Schließlich wurde beschlossen, diese Sache ernstlich in die Hand zu nehmen. Möchten sämmtliche Handwerker Stargards vorläufig hiervon Notiz nehmen, später aber das Inslebentreten der Idee kräftig unterstützen, da unserer Stadt schon weit kleinere Städte hierin zuvorgekommen sind. — In der heutigen Magistrats-Sitzung wurde Herr Konrektor Schultz in Treptow a. T. zum Rektor der hiesigen Bürgerknabenschule gewählt.

Wangerin, 17. Februar. Am 22. d. Mts. wird der hiesige landwirthschaftliche Verein sein 25-jähriges Bestehen durch eine Festversammlung feiern, welche Versammlung dem Anscheine nach sehr zahlreich, nicht allein von den eigenen Mitgliedern des Vereins, sondern auch von Deputirten anderer landwirthschaftlicher Vereine besucht werden wird.

Greifswald, 18. Februar. Am Sonnabend fand in dem besonders glänzend und geschmackvoll dekorirten Saale des „Hotel zum Greif" der diesjährige Korpsball statt, der durch seinen ganzen Verlauf sämmtliche Theilnehmer im höchsten Grade befriedigte.

Vermischtes.

— **Mißverständniß.** Amtmann: Aber, Mädel, jetzt hast Du schon drei Männern das Heirathen versprochen und alle drei fahren lassen. Hast Du denn gar kein Gewissen?

Dienstmädchen: Ja, ja, Herr Amtmann, an gewissen hab' ich scho, — und das ist der Bäckersepp!

— **Gegenwart.** Unlängst trat in Paris ein guter Freund von einem der berühmtesten französischen Schriftsteller, der äußerst geizig ist, zu diesem mit den Worten ins Zimmer: „Lieber Freund, ich bin wahrhaft in Verzweiflung und ich komme" — hier klingelte der Schriftsteller seinem Bedienten und sagte zu ihm, als derselbe eintrat: „Sagen Sie doch meiner Frau, sie möchte so gut sein, sich einen Augenblick zu mir zu bemühen!" und wandte sich dann an den Gast mit den Worten: „Lieber Freund, es handelt sich um eine Haushaltsangelegenheit, aber ich genire mich nicht vor Ihnen." Als nun die Frau eintrat, rief er ihr entgegen: „Mein Kind, der Bäcker hat mir gestern seine Rechnung gebracht und will heute wiederkommen; sage ihm doch, daß ich für den Augenblick nicht bei Gelde bin und ihm vor Ende des nächsten Monats nichts bezahlen kann; Du weißt ja, wie's in meiner Kasse aussieht, mache also die Sache ab, so gut wie's gehen will!" und fuhr dann fort: „Nun, lieber Freund, stehe ich ganz zu Ihren Diensten!" Was wollte der gute Freund machen? Er mußte eine andere Geschichte erfinden und sein gutmüthiger Freund lieh ihm — ein sehr aufmerksames Ohr.

— Der neueste Pariser Bericht vom 14. Februar lautet: Die „Aera des Revolvers", wie heute die „France" sich ausdrückt, dauert fort, die Pariser Strolche treiben ganz ungestört ihr Handwerk weiter. Die Zahl der Raubanfälle, welche in der letzten Nacht stattfanden, ist wieder beträchtlich. Um 12¼ Uhr Nachts wurde der Tenorist Engel (von der komischen Oper), der von seiner Frau und seinem Kinde begleitet war, in der Rue Montmartre angefallen. Frau Engel wollte ihren Mann vertheidigen, sie wurde aber niedergeworfen und erhielt Fußtritte ins Gesicht. Glücklicherweise eilten Vorübergehende den Bedrängten zu Hülfe und es gelang, die beiden Strolche festzunehmen, die, nachdem sich endlich auch die Polizei eingestellt hatte, nach dem Polizeiposten der Rue de la Banque gebracht wurden. In St. Ouen wurde ein Arbeiter angefallen und erhielt drei Messerstiche, in der Rue Ravignan Montmartre wurde einem jungen Manne von einem Weibe, das sich in Gesellschaft eines baumlangen Kerls befand, die Nase mit einem Steine zerschmettert. Der junge Mann aber zog einen Revolver aus der Tasche und die Angreifer suchten das Weite. In Neuilly fanden in der letzten Nacht zwei Anfälle statt, der eine auf dem Boulevard Pineau, der andere im Passage Massena. In der Nähe der Brücke von Neuilly fand man in der Seine die Leiche eines Soldaten, die eine große Anzahl von Messerstichen trug. Auch eine Anzahl von Diebstählen mit Einbruch fand in der letzten Nacht wieder statt.

— Einen traurigen Abschluß hat am 15. d. M. ein Liebesdrama gefunden. An diesem Tage sollte die Trauung einer jungen Dame mit dem Manne ihrer Wahl stattfinden. Die Trauzeugen hatten sich Mittags eingefunden, Gratulationen trafen ein; Alles war festlich vorbereitet, das Zimmer mit Blumen und Kränzen geziert; wer aber fehlte, war — der Bräutigam. In banger, qualvoller Erwartung vergingen der Braut Stunde auf Stunde; der so heiß Ersehnte erschien nicht. Endlich traf ein Brief ein; derselbe wurde von der Braut gelesen und sofort verbrannt. Was das Schreiben enthielt, war auf den bleichen Gesichtszügen der Verlassenen zu lesen. Sie schrieb noch einige Briefe; dann trank sie ein Glas Wasser und bald darauf war sie eine — Leiche. Das Cyankali, welches sie in das Wasser gemischt, hatte schnell seine Wirkung gethan. Der Tag, an welchem sie ihre Trauung zu feiern dachte, war zu ihrem Todestage geworden.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 18. Februar. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident v. Stremayr machte Mittheilung von der Ernennung des neuen Kabinets und gab darauf folgende Erklärung ab: In Folge des wiederholten Ansuchens des bisherigen Kabinets um Entlassung seien seit einem Jahre mehrfache Versuche zur Neubildung eines Kabinets gemacht worden. Wenn dieselben erfolglos geblieben, liege der Grund daran, daß zu den großen Schwierigkeiten der allgemeinen politischen Lage jetzt noch der Umstand getreten sei, daß die gesetzliche Funktionsdauer des Hauses noch in diesem Jahre zu Ende gehe und daß daher jede Regierung ihr neues Programm erst vor einem neu gewählten und bis dahin noch gar nicht gekannten Abgeordnetenhause zu vertreten haben würde. Diese Verhältnisse bestimmten auch die Stellung der gegenwärtigen Regierung, sie habe weder ein zukünftiges Programm, noch eine neue politische Aktion zu verkünden, sondern zunächst dafür zu sorgen, daß in den parlamentarischen Geschäften keine Unterbrechung eintrete, daß der Uebergang der verfassungsmäßigen Funktionen auf das neue Abgeordnetenhaus sich ohne Störung vollziehe und daß die Verwaltung in gewissenhafter Objektivität mit fester Hand geführt werde. „Indem ich den letzteren Umstand", fuhr der Ministerpräsident fort, „mit Befriedigung erwähne, wird es das Haus begreiflich finden, wenn es mich zugleich drängt, in diesem Momente auch der beiden aus unserem Kreise geschiedenen Männer in dankbarer Gesinnung zu gedenken. Für die unser staatliches Leben so tief berührenden Beziehungen zum Orient ist eine durch den Berliner Vertrag bestimmte, fest begrenzte Grundlage geschaffen. Auf dieser fußend, erkennt es die Regierung als ihre Pflicht, bei der dem gemeinsamen Ministerium zustehenden Durchführung der auf dem Berliner Kongresse übernommenen Aufgaben für die äußerste Sparsamkeit in jeder Richtung einzustehen (wiederholter Beifall), jede Gefahr einer staatsrechtlichen Verwickelung fern zu halten und, soweit es mit der Ehre und der Sicherheit der Monarchie vereinbar ist, neue Opfer zu verhüten. Wir rechnen auf Ihre loyale Unterstützung im Interesse des Staates und der gesammten Bevölkerung. Wir appelliren an Ihre staatsmännische Einsicht und an Ihre Vaterlandsliebe, welche in und außer diesem Hause alle Volksstämme und alle Parteien im Reiche zu gemeinsamer, ersprießlicher Thätigkeit aufruft." (Beifall.) Hierauf begann das Haus mit der Erledigung seiner Tagesordnung.

Wien, 18. Februar. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel: Der Sultan hat das anläßlich der Regelung der Grenzfragen von dem Fürsten von Montenegro an ihn gerichtete Glückwunschtelegramm in höflicher und freundschaftlicher Weise beantwortet.

Teplitz, 18. Februar. Die Stadtverordneten haben beschlossen, den Ingenieur Sigmondi aus Pest telegraphisch in der Angelegenheit der Heilquellen zu berufen und gleichzeitig bei der Regierung Schritte zu thun, behufs Rückerstattung der durch die Arbeiten zur Wiederherstellung der Quellen verursachten Kosten. Ferner soll der Beginn der Abteufung der Quellen durch eine einfache bürgerliche Feier eingeleitet werden und sodann in den Kirchen aller Konfessionen eine religiöse Feier stattfinden; auch soll die Berghauptmannschaft telegraphisch um Schutz der Süßwasserleitung gebeten werden. Seitens des Ackerbauministeriums ist Professor Sueß zur Untersuchung des Thermenunglücks hergesandt worden.

Pest, 18. Februar. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Tisza erklärte, daß er, nachdem beide Häuser des österreichischen Reichsrathes über den Berliner Vertrag verhandelt hätten, nunmehr ebenfalls bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen Gegenstand lenken werde.

Paris, 18. Februar. Wie der „Temps" wissen will, hätte sich die Regierung vollständig mit dem Entwurf der Amnestiekommission einverstanden erklärt und ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Amnestie auch auf die an dem Insurrektionsversuch in Paris am 31. Oktober 1870 Betheiligten auszudehnen. Das „Journal des Debats" erwähnt eines Gerüchts, demzufolge der Munizipalrath von Paris wegen der Annullirung seines Beschlusses auf Bewilligung eines Kredits von 100,000 Frcs. zu Gunsten der heimkehrenden Amnestirten seine Entlassung genommen hätte. Die Munizipalräthe von drei oder vier anderen großen Städten würden dem Beispiele des Pariser Munizipalraths folgen.

London, 17. Februar. Die von dem englischen Delegirten der Kommission zur Reorganisirung Ostrumeliens der hiesigen Regierung übermittelten Berichte melden, daß die Arbeiten der Kommission durch die Haltung der russischen Vertreter sehr erschwert werden. Mr. Smith, welcher mit der Finanzverwaltung Ostrumeliens betraut ist, erklärt in seinem Bericht, daß die russischen Vertreter bestrebt sind, die Arbeiten der Kommission möglichst zu hemmen und speziell die Thätigkeit der Finanzverwaltung zu erschweren. Die Kassenbücher, sowie die Register, welche nach vielen Schwierigkeiten endlich der Kommission übergeben sind, befinden sich in einem so verworrenen Zustande, daß sie als null betrachtet und von Neuem eingerichtet werden müssen.

Kopenhagen, 18. Februar. In der heutigen Sitzung des Landsthing gab auf die Anmeldung einer Interpellation darüber, ob über die Verhandlungen anläßlich des Artikels V. des Prager Friedens eine Mittheilung seitens der Regierung zu erwarten stehe, der Konseilpräses folgende Erklärung außerhalb der Tagesordnung ab: Die Regierung würde auch ohne Aufforderung die betreffenden Aufklärungen dem Reichstage geben und zwar sobald und in dem Umfange, als es, ohne das Landesinteresse zu beeinträchtigen, geschehen könne. Wenn aber die angemeldete Interpellation Diskussionen hervorrufen sollte, würde die Regierung augenblicklich nicht im Stande sein, an einer Diskussion über die Beziehungen zum Auslande Theil zu nehmen.

Kopenhagen, 18. Februar. Die Hamburger Post von gestern ist via Kiel hier eingetroffen. Nördlich von Flensburg wird vor heute Abend 10 Uhr kein Zug abgehen. Auf Fünen liegt der Schnee bis gegen 5 Fuß hoch.

Bukarest, 18. Februar. Der Obersanitätsrath hat in Uebereinstimmung mit den ungarischen Delegirten der Sanitätskommission dahin entschieden, daß der Pestkordon diesseits der Donau gezogen werden solle.

Kairo, 18. Februar. Eine Anzahl in Folge der Reduktion der Armeekosten verabschiedeter Offiziere und Soldaten begab sich vor das Hotel des Finanzministers und verlangte die Auszahlung des rückständigen Soldes, indem sie zugleich gegen die Einschränkung des Effektiv-Bestandes der Armee protestirten. Die Menge drang in das Hotel ein und insultirte Nubar Pascha und Wilson. Bei der Ankunft der Truppen zogen sich die Ruhestörer zurück und zerstreuten sich; mehrere Personen wurden verhaftet. Der Khedive und die auswärtigen Konsuln befanden sich während dieses Vorganges in dem Finanzministerium. Das Hotel des Justizministers Nubar Pascha wurde ebenfalls von den Aufrührern umzingelt, aber von den Truppen wieder entsetzt.